

[← zurück](#)

„Bass erstaunt“ über Kritik an Staatsvertrag

Staatsministerin Silke Krebs: SWR-Standort Baden-Baden „auf Augenhöhe“ verankert / Direktionen stehen zur Disposition

Baden-Baden (no) – Erstmals hat sich ein Mitglied der Landesregierung in Baden-Baden öffentlich zum Entwurf des neuen Rundfunkstaatsvertrags geäußert. Dabei ist deutlich geworden, dass der in der mittelbadischen Region zaghaft geäußerte Protest im Stuttgarter Kabinett auf großes Unverständnis stößt.

Bei einer Veranstaltung ihrer Partei am Dienstagabend sagte Staatsministerin Silke Krebs (Grüne), die in der Kurstadt kursierenden Bedenken wegen einer möglichen Schwächung des SWR-Standorts hätten sie „bass erstaunt“. Das neue Vertragswerk benachteilige Baden-Baden nicht, sondern bringe dem Standort vielmehr Vorteile – von empörtem Rausen bis hin zu Gelächter reichen daraufhin die Reaktionen anwesender SWR-Mitarbeiter.

Der derzeit gültige Staatsvertrag besiegelte die Fusion von SWF und SDR im Jahr 1998. Der novellierte Vertrag, der

laut Krebs die Umwälzungen in der Medienwelt berücksichtigt, soll noch vor der Sommerpause die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz passieren.

Wie berichtet, sind im Entwurf Aussagen zugunsten Baden-Badens, was Produktionsvorgaben und Sitz der Direktionen betrifft, nicht mehr vorgesehen. Im entscheidenden Paragraphen heißt es: „Der SWR erfüllt seinen Auftrag in den Landeshauptstädten Stuttgart und Mainz, die auch Sitz der Landessender sind, sowie am dritten Standort Baden-Baden. Die Aufgaben sind angemessen auf die Standorte zu verteilen.“ Für diese Formulierung habe sie gekämpft, betonte Krebs – „da haben wir uns geklopft“. Nach dem Willen der anderen Verhandlungspartner hätte Baden-Baden einen wesentlichen geringeren Stellenwert bekommen sollen. Jetzt liege, in Balance mit den Landessendern, eine Lösung vor, die den Kurstadt-Standort „auf Augenhö-



Silke Krebs. Foto: Vetter

he“ ansiedle. Die Produktionsvorgaben sind nach Angaben der Ministerin entfallen, „um ein effektiveres Produzieren zu ermöglichen“. Dadurch werde Baden-Baden „eher bevorteilt“. Hätten derlei Festschreibungen Niederschlag gefunden, dann wären ähnliche Zugeständnis-

se für Stuttgart und Mainz nötig gewesen. Und dann, so Krebs weiter, wäre das mit der „Flexibilisierung“ im Staatsvertrag verbundene Ziel, „Geld ins Programm und nicht in Strukturen zu stecken“, nicht zu erreichen gewesen.

Die Staatsministerin ließ anklagen, dass die Direktionen in der heutigen Form ohnehin als Auslaufmodell gesehen werden müssten. Denn im Zeichen der Trimedialität habe die „Teilung in Verbreitungsstränge“ – also Fernsehen, Hörfunk und Internet – keine Zukunft mehr. Dabei ist es nach Ansicht der Grünen-Politikerin dringend erforderlich, die Einschränkungen zu beseitigen, die den öffentlich-rechtlichen Sendern bei ihren Internet-Aktivitäten auferlegt sind.

Befürchtungen der Zuhörer bei der Veranstaltung im Kunsthallen-Café, Baden-Baden werde „zwischen Mainz und Stuttgart aufgerieben“, übrig bleibe ein „Gerippe von Verwaltung und Redaktionen,

aber kein Produktionsstandort mehr“, setzte die Staatsministerin entgegen, der Kurstadt-Standort solle „Teil der Zukunft des SWR sein“. Baden-Baden habe es „nicht nötig, Zuweisungen festgeschrieben zu bekommen“, die „innere Logik“ spreche für diesen Teil des Senders.

„Sender im Talkessel ohne Chance“

Zum einen müsse der Sender seine Stärken (Regionalität und Aktualität) pflegen, das funktioniere nur mit Präsenz in der Fläche: „Definitiv hat ein zentralisierter Sender, der in Stuttgart im Talkessel hockt und nicht darüber hinausblickt, keine Zukunftschance“, formulierte die Politikerin. Zum anderen sei der Standort Baden-Baden quasi in „Beton gegossen“. Schließlich seien hier in den vergangenen zehn Jahren rund 100 Millionen Euro investiert worden.

Dieses Argument hatte auch die frühere CDU-Landtagsabgeordnete Ursula Lazarus, die stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende war, Skeptikern immer wieder entgegengehalten. Lazarus erinnerte die Ministerin daran, dass die jetzt wegfallenden Festschreibungen bei der Senderfusion als Ausgleich für die Abwanderung der Intendanz von der Oos nach Stuttgart gedient hätten. Am neuen Staatsvertrag sei wohl nicht mehr zu rütteln, es werde „eine große Mehrheit geben“. Die Aufgabe bestehe darin, nach der Gesetzgebung die Umsetzung des Staatsvertrags „Schritt für Schritt“ zu begleiten. Diese Meinung teilen die Staatsministerin und ihre Parteifreundin, die Baden-Badener Landtagsabgeordnete Beate Böhlen: Dafür, so Krebs, sehe der Vertrag eine Stärkung der SWR-Gremien vor. Und der eigentlich spannende Prozess beginne nach den Landtagsbeschlüssen.

● **Kommentar:** Hintergrund